

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 09.12.2008

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesend sind:

|                          |                       |                         |
|--------------------------|-----------------------|-------------------------|
| Herr Bernhard Bönisch    | CDU                   | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Herr Werner Misch        | CDU                   | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Frau Isa Weiß            | CDU                   | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Herr Dr. Bodo Meerheim   | DIE LINKE.            | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Frau Elisabeth Nagel     | DIE LINKE.            | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Herr Rudenz Schramm      | DIE LINKE.            | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Herr Dr. Frank Eigenfeld | SPD                   | teilweise               |
| Frau Gertrud Ewert       | SPD                   | 16:30 Uhr bis 17:30 Uhr |
| Herr Thomas Felke        | SPD                   | teilweise               |
| Herr Johannes Krause     | SPD                   | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Herr Dr. Wilfried Fuchs  | FDP                   | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Herr Mathias Weiland     | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Herr Tom Wolter          | MitBürger             | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |
| Frau Sabine Wolff        | NEUES FORUM           | 16:30 Uhr bis 21:00 Uhr |

Entschuldigt fehlen:

|                          |     |                        |
|--------------------------|-----|------------------------|
| Herr Gottfried Koehn     | SPD | Vertreter: Herr Krause |
| Herr Dr. Andreas Schmidt | SPD | Vertreter: Frau Ewert  |

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

#### zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

- ❖ Die Verwaltung bat mit Schreiben vom 02.12.1008 (Postausgang am 02.12.2008) um die Aufnahme der Vorlage:IV/2008/07663

Antrag auf überplanmäßige Ausgaben im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 - Bereich Kindertageseinrichtungen.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Die Vorlage wird als Tagesordnungspunkt 5.12 in die Tagesordnung aufgenommen.

- ❖ Weiterhin bat die Verwaltung mit Schreiben vom 03.12.2008 (Postausgang am 04.12.2008) um die Aufnahme der Vorlage IV/2008/07667

Antrag auf überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008  
- Bereich Hilfe zur Erziehung.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Die Vorlage wird als Tagesordnungspunkt 5.13 in die Tagesordnung aufgenommen.

- ❖ Nach Hinweis von Herrn Weiland wurde die Vorlage:  
TOP 5.6 - Energiebericht - Zwischenergebnisse zum Energiebericht 2007 von der Tagesordnung genommen, da der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten die Thematik erst in seiner Sitzung am 18.12.2008 erörtert.
- ❖ In der Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 25.11.2008 wurde auf Antrag von Herrn Bönisch mehrheitlich der Beschluss gefasst, die Tagesordnung der heutigen Sitzung um die Vorlage: IV/2008/07659  
Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vertrag mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH zu ergänzen.

Nach Prüfung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse wurde festgestellt, dass eine erneute Abstimmung über die Aufnahme des Antrages mit Dringlichkeit vorgenommen werden müsse.

Herr Geier sprach sich gegen die Aufnahme als Dringlichkeitsantrag aus. Außerdem widersprach er der Auffassung, dass dies eine Thematik sei, die durch § 44 (3) Nr. 9 erfasst sei. (Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Gemeinderat nicht übertragen: ... 9. die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung beziehungsweise Einschränkung oder Auflösung kommunaler Betriebe und Einrichtungen, die Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Betriebe und Einrichtungen.)

Herr Bönisch sprach sich für die Behandlung des Antrages aus und begründete, dass es sehr wohl stadtratsrelevant sei. Der Stadtrat dürfe diese Angelegenheit nicht delegieren und sei dafür zuständig. Diese Auffassung werde von der Kommunalaufsichtsbehörde geteilt. Die Dringlichkeit bestehe darin, dass eine lückenlose Mitgliedschaft in der VNG sichergestellt werden soll. Weiterhin solle in der heutigen Sitzung des Finanzausschusses die Sitzung des Stadtrates bezüglich des Antrages vorbereitet werden.

Herr Krause sprach sich gegen die Behandlung des Antrages aus und begründete, dass dieser Antrag nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates falle. Es handele sich um keine Beteiligung. Jede Fraktion habe Vertreter in den Aufsichtsrat der Stadtwerke delegiert. Dieser sei das zuständige Gremium für die Entscheidung über einen Vertragsabschluss. Er machte deutlich darauf aufmerksam, dass eine öffentliche Diskussion der Thematik schwierig sei, da ggf. Äußerungen von Stadträten als Willensbekundungen der Gesellschafterin gewertet werden könnten.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

Herr Geier kündigte den Widerspruch der Verwaltung an.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschluss:**

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.11.2008
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2007 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin  
Vorlage: IV/2008/07622
- 5.2. Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung  
Vorlage: IV/2008/07565
- 5.3. Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10  
Vorlage: IV/2008/07382
- 5.4. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2008/07421
- 5.5. 1. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"  
Vorlage: IV/2008/07422
- 5.6. Energiebericht - Zwischenergebnisse zum Energiebericht 2007  
Vorlage: IV/2008/07557
- 5.7. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2009 für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeMa-

nagement der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: IV/2008/07624

5.8. Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012  
Vorlage: IV/2008/07534

5.9. Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Gewerbesteuerumlage  
Vorlage: IV/2008/07620

Antrag auf Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 (PPP, Mehrausgaben HWA, Thalia Theater) -  
5.10. Vorlage: IV/2008/07626

Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Straßenreinigung im  
5.11. Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: IV/2008/07635

Antrag auf überplanmäßige Ausgaben im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr  
5.12. 2008 - Bereich Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: IV/2008/07663

Antrag auf überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008  
5.13. - Bereich Hilfe zur Erziehung  
Vorlage: IV/2008/07667

6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6.1. Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG Volkssolidarität und der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Anbringung der Wappen eingemeindeter Ortschaften im Stadthaus  
Vorlage: IV/2008/07523

6.2. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vertrag mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH  
Vorlage: IV/2008/07659

7. schriftliche Anfragen von Stadträten

8. Mitteilungen

9. mündliche Anfragen

10. Anregungen

### **zu 3      Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.11.2008**

---

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 18.11.2008 wird genehmigt.

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

In der Sitzung am 18. November 2008 fasste der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften folgende abschließende Beschlüsse:

zu 3.2 Niederschlagungen von Steuerforderungen  
Vorlage: IV/2008/07564

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen und städtische participationsverwaltung beschließt auf der Grundlage des § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2:

1. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 62.584,61 EUR;
2. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 190.312,00 EUR;
3. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung in eine unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 54.017,72 EUR;
4. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung in eine unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 163.196,78 EUR;
5. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung in eine unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 63.702,78 EUR;
6. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 224.427,71 EUR;
7. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 75.728,00 EUR bis zum 27.02.2010 und
8. die Verlängerung der befristeten Niederschlagung der Vergnügungssteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 58.763,55 Euro bis 31.12.2010.

## zu 5      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 5.1      **Jahresabschluss 2007 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin** **Vorlage: IV/2008/07622**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim, Herr Geier und Frau Scherbel (Geschäftsführerin der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin).

Aufgrund einer Nachfrage wurde darauf hingewiesen, dass der Verkauf der Anteile an der Flugplatzgesellschaft als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zurzeit aus strategischer Sicht nicht verfolgt werde. Herr Dr. Pohlack begründete dies bereits in einer der vergangenen Sitzungen.

Frau Scherbel betonte, dass der Flughafen aus infrastruktureller Sicht für die Stadt Halle (Saale) sehr wichtig sei. Weiterhin bestehen Verträge für Hubschrauber des Rettungsdienstes, einer Fliegerstaffel der Bundespolizei sowie mit dem ADAC für den gesamten mitteldeutschen Raum inklusive der Wartung. Wirtschaftliche Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren sollen nicht verschwiegen werden, aber seit dem Jahr 2004 werde der Jahresabschluss mit „schwarzen“ Zahlen geschrieben.

Einige Mitglieder wiesen darauf hin, dass die Beteiligung an einer Flugplatzgesellschaft keine städtische Aufgabe sei. Weiterhin könne bei negativer Entwicklung eine finanzielle Nachschusspflicht auf die Stadt Halle (Saale) zukommen.

**Herr Geier nahm die Hinweise und Bedenken der Stadträte auf.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2007 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 10.10.2008 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.  
Das Jahresergebnis beträgt   73.868,20 €.  
Die Bilanzsumme beträgt   2.405.852,61 €.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 73.868,20 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

## **zu 5.2    Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung Vorlage: IV/2008/07565**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Fuchs und Herr van Rissenbeck (Eigenbetriebsleiter EfA).

Herr van Rissenbeck erläuterte aufgrund einer Nachfrage, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen strukturellen Einsparungen zum Teil durch eine neue Förderperiode des Kommunal-Kombi-Programmes des Bundes erreicht werden können. Durch dieses können finanzielle Potentiale genutzt werden. Zum heutigen Zeitpunkt seien die konkreten Projekte noch nicht untersetzbar. Der Bund habe einen Handlungskatalog für die die förderfähigen Maßnahmen der Freien Träger erarbeitet. Im Wirtschaftsplan seien die Einsparungen nicht erkennbar, da diese erst bei Abschluss der Maßnahmen Einsparungen erbringen. Ob die Maßnahmen zur Heranführung an die Arbeit einen Effekt bei den Teilnehmer haben, könne durch die ARGE beantwortet werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2009 wird bestätigt.

### **Finanzielle Auswirkung im städtischen Haushalt:**

HH-Stelle 1.8410.715000                      2.243.000 Euro

## **zu 5.3    Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10 Vorlage: IV/2008/07382**

---

Herr Wolter stellte folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Die Behandlung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/2010 bis 2013/2014 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/2010 wird vertagt, bis der Jugendhilfeausschuss ein abschließendes Votum abgegeben hat.

### **Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:**

einstimmig zugestimmt

### Ergebnis:

Da der Jugendhilfeausschuss noch nicht abschließend über die Vorlage beraten hat, wurde diese vertagt.

### **zu 5.4 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) Vorlage: IV/2008/07421**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Weiland, Herr Krause, Frau Weiß, Frau Balleyer und Herr Geier.

Herr Misch stellte folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, die Kalkulation hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Aufnahme des Behandlungsentgeltes in Höhe von 114,32 € zu überprüfen, die Gebühren am günstigsten Marktangebot zu orientieren und das entstehende Defizit aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

Er avisierte, dass er ggf. ein Normenkontrollverfahren anstreben werde.

Auf die Frage der Rechtssituation bezüglich der Berufung gegen das Urteil (Herr Stadtrat Misch) führte Frau Balleyer aus, dass der Verwaltungsgerichtsspruch nicht rechtskräftig sei. Auch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes sei offen. Die Fraktionen wurden je nach Wunsch über die Vorlage informiert. Die derzeit bestehenden Verträge laufen am 30.09.2009 aus. Bis dahin müssen diese von der Stadt eingehalten werden. Sollte eine Differenz zur gezahlten Höhe der Gebühren durch die Bürger auftreten, müsste diese durch die Stadt Halle (Saale) ausgeglichen werden. Sie erläuterte die Historie der Beschlüsse von der Müllvertrennungs- zur Müllsortieranlage. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes fließe in die nächste Kalkulation ein. Eine Frist für die Erteilung eines Urteils für das Oberverwaltungsgericht gebe es nicht. Die Stadt bereite die Ausschreibung für die Zeit nach Vertragsende bis zur Fertigstellung der Sortieranlage bereits vor.

Herr Misch begründete seinen Antrag damit, dass ihm die Position des Behandlungsentgeltes in der Kalkulation nicht schlüssig nachgewiesen sei. Ein wirtschaftlicher Nachweis sei nicht gegeben. Andere Anbieter haben günstigere Preise. Es sei nicht einzusehen, dass die Bürger für die „schlechteren“ Verträge der Stadt Halle (Saale) aufkommen sollen.

Frau Balleyer wies darauf hin, dass mehrheitlich gefasste Stadtratsbeschlüsse den Verträgen aus dem Jahr 2002 zugrunde liegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der AGR waren zu diesem Zeitpunkt weder dem Stadtrat noch der Verwaltung bekannt.

Sie halte die Zustimmung zum Antrag für rechtswidrig.

Der Ausgleich der Differenz von günstigsten Marktangebot zur vorgeschlagenen Gebühr auf der Grundlage der Verträge sei aus ihrer Sicht aufgrund der angespannten Haushaltslage der Stadt Halle (Saale), ohne politische Entscheidungen, welche Haushaltsstellen als Deckung genommen werden sollen, nicht möglich.

Sie gab die Empfehlung, das Urteil abzuwarten. Die Kalkulation werde immer jeweils für ein Jahr vorgenommen, so dass für den Kalkulationszeitraum 2010/2011 das Ergebnis des Urteils einfließen und die Satzung auf rechtlich gesicherter Basis erarbeitet werden könne.

Herr Geier betonte, dass dem Bürger nichts vorenthalten werde.



Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 09. Dezember 2008 - öffentlicher Teil

Aus den Reihen des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag keine Außenwirkung entfalte. Die Entscheidung des Gerichtes ist die eine Seite. Auf der anderen Seite habe der Stadtrat die Entscheidungshoheit, ob die 6 Mio. € Einnahmen (Verträge über 20 Jahre Müllbehandlung haben finanziellen Wert - wurde durch einen Wirtschaftsprüfer kalkuliert - durch die Stadt eingenommen) einbezogen werden sollen oder nicht. Die Kalkulation der Abfallgebühren müsse seriös geprüft werden. Der Haushalt der Stadt Halle (Saale) dürfe nicht zum Teil durch die Müllgebühren saniert werden.

Frau Balleyer wies darauf hin, dass die Stadt Halle (Saale) für die Erhebung der Gebühren eine beschlossene Satzung benötige. Eine rückwirkende Beschlussfassung sei rechtlich nicht zulässig.

Herr Dr. Meerheim stellte folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Die Verwaltung legt eine überprüfte / neue Kalkulation der Abfallgebühren vor. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften befasst sich mit der Sichtung der Abwägung der Verwaltung in seiner Sondersitzung am 16.12.2008 mit dieser Thematik erneut.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

9 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

**Ergebnis:**

Vertagung bis zum 16.12.2008

**zu 5.5    1. Satzung zur Änderung der "Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006"  
Vorlage: IV/2008/07422**

---

Herr Misch führte aus, dass er wohlwollend zur Kenntnis genommen habe, dass einige im noch nicht rechtskräftigen Urteil gegebene Hinweise bereits in die überarbeitete Satzung aufgenommen wurden.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Die 1. Satzung zur Änderung der „Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006“ wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkung: keine

**zu 5.6 Energiebericht - Zwischenergebnisse zum Energiebericht 2007**  
**Vorlage: IV/2008/07557**

---

**Ergebnis:**

vertagt

**zu 5.7 Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2009 für den EigenBetrieb  
Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: IV/2008/07624**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Bielecke, Herr Stiska und Herr Geier.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass die Differenz aus Mietzahlungen der Stadtverwaltung an das ZGM und Position im Wirtschaftsplan durch die Einnahmen durch Drittvermietung zu erklären sei.

Bezüglich der Servicevereinbarung mit der Kultur gGmbH führte Herr Bielecke aus, dass diese vorbereitet wurde und Berücksichtigung im Wirtschaftsplan gefunden habe. Herr Geier fügte an, dass er davon ausgehe, dass im Sinne des Konzerns Stadt Halle (Saale) durch die Kultur gGmbH alle gebäudebezogenen Aufgaben an den EB ZGM beauftragt werden.

Herr Stiska führte aus, dass er dies von Fall zu Fall entscheiden möchte. Die normale Bewirtschaftung plane er mit dem eigenen Personal abzudecken. Bei schwierigeren, speziellen Ausgaben werde er gern auf den EB ZGM zurückgreifen, z. B. bei Bautätigkeit.

Zu den Angaben im Haushaltskonsolidierungskonzept führte Herr Geier aus, dass diese Ansätze auf Angaben eines Gutachtens zurückgehen.

Herr Bielecke fügte an, dass der EB ZGM seit seiner Gründung bereits einen Haushaltskonsolidierungsbeitrag in Höhe von ca. 10 Mio. € geleistet habe. Einen strukturellen Beitrag in Höhe von 1,2 Mio. € p. a. halte er für schwierig. Trotzdem werde weiter an Optimierungen gearbeitet, aktuell z. B. am Pfortnerdienst.

Die Verwaltung wurde angemahnt, den Dienstleistungsvertrag mit dem EB ZGM vorzulegen. Herr Geier sagte dies bis zur Sitzung im Mai 2009 zu. Weiterhin wurde die Verwaltung um eindeutiger Darstellung des Investitionszuschusses an den EB ZGM gebeten. Zum dritten wurde das Verfahren im Vergabeausschuss kritisiert. Es bestünden rechtliche Probleme bezüglich der Vergaben im EB ZGM. (z. B. Beschluss im Vergabeausschuss: ... der EB ZGM wird beauftragt...)

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 a) der Satzung der Stadt Halle (Saale), für den „Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2009.

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH :

|   |                 |
|---|-----------------|
| Mietausgaben der UA an ZGM (531010, 531020, 531030) | 29.976.700,00 € |
| VermHH: Investitionszuschuss an EB ZGM              | 0,00 €          |

**zu 5.8 Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 2009 - 2012  
Vorlage: IV/2008/07534**

---

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Wolter führte Herr Stiska aus, dass zusätzliche Projektförderungen des Kultusministeriums (siehe Protokollnotiz) gesondert beantragt werden müssen, falls diese in Aussicht gestellt werden.

Herr Wolter führte aus, dass das Kultusministerium Projektförderungen im Bereich der kulturellen Bildung plane. Die Stadt Magdeburg solle seiner Information nach bereits in Kenntnis gesetzt worden sein. In Halle (Saale) könnten z. B. das Thalia Theater und das Puppentheater Antragsteller sein.

Zur Abstimmung kam die Vorlage in der Fassung vom 21. November 2008.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat stimmt zu, den Vertrag über die Förderung der Bühnen der Stadt Halle 2009 - 2012 zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) abzuschließen.

**Finanzielle Auswirkung:**

|                 |                                    |                                    |
|-----------------|------------------------------------|------------------------------------|
| <b>VerwHH :</b> | Einnahmen                          | 2009 in Höhe von 12.902.400 Mio. € |
|                 |                                    | 2010 in Höhe von 11.902.400 Mio. € |
|                 |                                    | 2011 in Höhe von 11.902.400 Mio. € |
|                 |                                    | 2012 in Höhe von 11.902.400 Mio. € |
| Ausgaben        | 2009 in Höhe von 24.797.600 Mio. € |                                    |
|                 | 2010 in Höhe von 23.597.600 Mio. € |                                    |
|                 | 2011 in Höhe von 22.097.600 Mio. € |                                    |
|                 | 2012 in Höhe von 20.597.600 Mio. € |                                    |

**VermHH: -**

**zu 5.9 Antrag auf Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Gewerbesteuerumlage**  
**Vorlage: IV/2008/07620**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Geier und Frau Gruß.

Bezüglich der Mehreinnahmen der Haushaltsstelle Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer führte Herr Geier auf Nachfrage aus, dass er sehr froh über die Entwicklung sei. Ein Nachtragshaushaltsplan sei aufgrund des fortgeschrittenen Jahresverlaufes nicht mehr sinnvoll gewesen.

Die Planung dieser Haushaltsstelle sei durch die Orientierungsdaten des Landes vorgegeben. Frau Gruß fügte an, dass 6 Mio. € mehr als 2008 eingeplant wurden.

Bezüglich des Umgangs und der Konsequenzen mit den erhöhten Personalausgaben in der Oper wurde auf die ausführliche Diskussion in der Sitzung am 25.11.2008 verwiesen. Die Mitglieder äußerten ihre Erwartung gegenüber Herrn Stiska, dass dieses Verfahren der ständigen Nachträge nach der Neugründung der Kultur gGmbH endlich aufhört. Ebenso gelte diese Erwartung auch für die Auslastung der Theaterwerkstätten. Es sei nicht zu verstehen, dass diese nicht durch die städtischen Kultureinrichtungen genutzt werden.

Weiterhin wurde kritisiert, dass die Ausführungen in der Vorlage bezüglich der Dienstreisen nicht schlüssig seien.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Die überplanmäßige Ausgabe für Gewerbesteuerumlage, Haushaltsstelle 1.9000.810000 in Höhe von 806.500 EUR.  
Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 1.9000.003000, Gewerbesteuer.
2. Die überplanmäßige Ausgabe für Personalausgaben, Haushaltsstelle 1.9190. 400000 in Höhe von 4.800.000 EUR.  
Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 1.9000.010000, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer.
3. Die überplanmäßige Ausgabe für das Budget des Verbundes Oper Halle/ Staatskapelle Halle in Höhe von 1.874.000 EUR.  
Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 1.9000.010000, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer.

**Finanzielle Auswirkung:** siehe Beschlussvorschlag

**zu 5.10 Antrag auf Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 (PPP, Mehrausgaben HWA, Thalia Theater)  
Vorlage: IV/2008/07626**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Misch, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Schramm, Herr Geier, Herr Hildebrand, Herr Bielecke und Frau Ronne .

Auf Nachfrage der Stadträte wurde durch die Verwaltungsvertreter ausgeführt, dass die Mehrausgaben für das PPP-Objekt KGD Wilhelm von Humboldt deshalb entstanden seien, weil bei der Planung davon ausgegangen worden war, dass die sanitären Anlagen in Ordnung seien. Bei der Prüfung während der Baumaßnahme wurde jedoch festgestellt, dass die Brandschutzvoraussetzungen nicht eingehalten worden seien.

Der damalige Planer und der Mitarbeiter, der die Abnahme vorgenommen hat, seien nicht mehr bei der Stadt Halle (Saale) beschäftigt. Die bauausführende Firma, die statt Grauguss-Plastikrohre eingebaut hat, bestehe nicht mehr.

Die Mittel wurden aus dem Unterhaltungstitel für die Schulen zu Lasten anderer Objekte gedeckt. Für die laufende Instandsetzung sei eine globale Summe ohne konkrete Untersetzung geplant.

Bezüglich der überplanmäßigen Ausgabe für das Thalia Theater führte Frau Ronne aus, dass diese Ausgabe noch für den Eigenbetrieb sei, um mit einem ausgeglichenen Ergebnis in die Kultur GmbH überzugehen. Ein Teil der im Wirtschaftsplan enthaltenen Fördermittel konnte nicht gedeckt werden.

Es wurde ausführlich über das Verfahren der Beantragung von Fördermitteln, den vorzeitigen Maßnahmebeginn, der letztendlichen Entscheidung für die Durchführung der Maßnahme usw. diskutiert.

Frau Ronne wies darauf hin, dass der Abbruch einer Inszenierung eine künstlerische Entscheidung sei.

Einige Mitglieder des Ausschusses kritisierten, dass die Projekte ohne gesicherte Finanzierung durchgeführt werden und gaben ihrer Erwartung Ausdruck, dass solche Verfahren in der GmbH stark optimiert werden, um überplanmäßige Ausgaben zu vermeiden.

**Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt

1. Die außerplanmäßige Ausgabe für das PPP-Objekt KGS „Wilhelm von Humboldt“, Entschädigungen, Haushaltsstelle 1.2811.623000, in Höhe von 236.300 EUR.  
Die Deckung erfolgt über die Mehreinnahmen aus der Haushaltsstelle 1.2811.165000 Erstattungen von kommunalen Sonderrechnungen, in Höhe von 236.300 EUR im Verwaltungshaushalt.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 09. Dezember 2008 - öffentlicher Teil

2. Die überplanmäßige Ausgabe für Erstattungen an die HWA aus Abrechnung Gebührenzahlungen, Haushaltsstelle 1.7000.675100, in Höhe von 170.000 EUR.  
Die Deckung erfolgt über die Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.7000.110100 Abwassergebühren aus Vorjahren.
3. Die überplanmäßige Ausgabe für das Thalia Theater, Zuschuss an Eigenbetrieb, Haushaltsstelle 1.3312.715000, in Höhe von 233.000.  
Die Deckung erfolgt über die Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.9000.010000 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer.

Finanzielle Auswirkung: siehe Beschlussvorschlag

### **zu 5.11 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Straßenreinigung im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 Vorlage: IV/2008/07635**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Dr. Fuchs, Herr Misch, Herr Weiland und Herr Braunisch.

Herr Braunisch erläuterte, dass pro Jahr für 48 Wochen die Straßenreinigung geplant wird. Falle der Winter aus, entstehen Mehrausgaben. Weiterhin sei in milden und feuchten Sommern ein vermehrter Grünbewuchs der Gehwege zu verzeichnen, der entfernt werden müsse. Die Ausgaben seien durch den Gebührenhaushalt gedeckelt. Es werden an die Stadtwirtschaft Halle GmbH Pauschalen pro Monat gezahlt und am Ende des Jahres eine Spitzabrechnung vorgenommen. Er gehe von einer höheren Kalkulation für die zukünftigen Jahre aus.

Die Reinigung nach Großveranstaltungen sei kostenmäßig nicht von Bedeutung. Bei der Veranstaltung zum 11.11. trete zum Beispiel die Stadtwirtschaft als Sponsor auf und übernimmt die Reinigung.

Die Planung der Kosten sei sehr schwierig, weil sie von vielen Faktoren abhängen.

Für den Winterdienst hat die Stadt Halle (Saale) einen 10-Jahres-Vertrag abgeschlossen und zahle eine Pauschale.

Herr Misch regte an, zu überprüfen, ob es kostenmäßig günstiger sei, die Unkrautvernichtung mit chemischen Mitteln (Natriumchlorat) durchzuführen.

Die HWA sollte in die Prüfung unbedingt mit einbezogen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßige Ausgabe für die Straßenreinigung, Haushaltsstelle 1.6750.570500, in Höhe von 175.900 EUR.

Die Deckung erfolgt über Mehreinnahmen in der Haushaltsstelle 1.6750.110500 Straßenreinigungsgebühren.

Finanzielle Auswirkung: siehe Beschlussvorschlag

**zu 5.12 Antrag auf überplanmäßige Ausgaben im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 - Bereich Kindertageseinrichtungen**  
**Vorlage: IV/2008/07663**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Frau Nagel, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Fuchs, Herr Geier und Frau Brederlow.

Auf Anfrage führte Frau Brederlow aus, dass monatlich eine Spitzabrechnung vorgenommen werde. Diese Vorlage umfasse den Stand Ende November und die Anträge von freien Trägern, die bis zur Vorlagenerstellung eingegangen seien. Einige Träger haben ihre Zahlungen für Dezember bereits beantragt, andere rechnen erst im Januar 2009 ab. Für die Gastkinder erfolgen die Zahlungen für Dezember vereinbarungsgemäß im Januar. Es sei ein Anstieg der zu betreuenden Kinder um ca. 10 % zu verzeichnen.

Herr Geier bestätigte, dass in 2008 auch die aufgelaufenen Forderungen der Vorjahre abgewickelt werden, um in 2009 zu einer normalen Einschätzung zu kommen.

Bezüglich des EB Kita erläuterte Frau Brederlow, dass es sich bei der Erstattung aus Vorjahren (2005/2006) z. B. um die Erstattung für die Geschwisterermäßigung handelt. Es liege auch die Vermutung nahe, dass die größeren Schuleinzugsbereiche zu einer verstärkten Nutzung der Horte führe.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die überplanmäßige Ausgabe für Erstattungen an übrige Bereiche - Kindertageseinrichtungen, Haushaltsstelle 1.4640.678000 in Höhe von 400.000 EUR.  
Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen 1.4640.178000 – Zuschüsse vom übrigen Bereich – Kindertageseinrichtungen in Höhe von 160.000 EUR und 1.9000.003000 Gewerbesteuer in Höhe von 240.000 EUR.
2. Die überplanmäßige Ausgabe für Zuschüsse an übrige Bereiche - Kindertageseinrichtungen, Haushaltsstelle 1.4640.718000 in Höhe von 2.200.000 EUR.  
Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 1.9000.003000 Gewerbesteuer.
3. Die überplanmäßige Ausgabe für den Zuschuss an den Eigenbetrieb Kindertagesstätten, Haushaltsstelle 1.4640.715000 in Höhe von 400.000 EUR.  
Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 1.9000.003000 Gewerbesteuer.

**Finanzielle Auswirkung:** siehe Beschlussvorschlag

**zu 5.13 Antrag auf überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2008 - Bereich Hilfe zur Erziehung**  
**Vorlage: IV/2008/07667**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Geier und Frau Brederlow.

Die Mehrheit der Mitglieder reagierte mit Unverständnis auf die Vorlage. Bereits im November-Stadtrat hat besonders Frau Wolff darauf aufmerksam gemacht, dass die damals beantragten überplanmäßigen Ausgaben nicht ausreichen. Die in der Sitzung gegebene Antwort der Verwaltung sei offensichtlich unrichtig gewesen. Die Freien Träger haben einen Anspruch auf die Bezahlung ihrer erbrachten Leistungen.

Frau Brederlow führte aus, dass die Stadt Halle (Saale) in diesem Bereich eine Bugwelle vor sich herschiebe.

Nach inhaltlicher Diskussion betonte die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses, dass die Bugwelle zur Haushaltsklarstellung der Stadt und im Sinne der Trägersicherheit im Jahr 2008 abgebaut werden soll.

Bezüglich der inhaltlichen Konzepte wies Frau Brederlow darauf hin, dass diese greifen und einmal im Quartal im Jugendhilfeausschuss informiert werde.

**Herr Wolter** stellte folgenden **Antrag**:

Die Verwaltung ergänzt bis zur Stadtratssitzung am 17.12.2008 die Vorlage um alle bekannten Zahlungen des Jahres 2008.

Da Herr Geier die Änderung des Vorlage zusagte und die Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses ihre Zustimmung signalisierten, wurde der Antrag als Auftrag an die Verwaltung in die Beschlussfassung integriert.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Ausgabe für Hilfe zur Erziehung – Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen, Haushaltsstelle 1.4550.770000 in Höhe von 1.000.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltstelle 1.9000.003000 Gewerbesteuer in Höhe von 1.000.000 EUR.

**Finanzielle Auswirkung:** siehe Beschlussvorschlag

Der Beschluss wurde inklusive des Auftrages an die Verwaltung gefasst, dass diese die Vorlage um alle bekannten Zahlungen des Jahres 2008 ergänzt.

Termin: Stadtratssitzung 17.12.2008.



## **zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktionsgemeinschaft FDP+Graue+WG Volkssolidarität und der Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE zur Anbringung der Wappen eingemeindeter Ortschaften im Stadthaus Vorlage: IV/2008/07523**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Krause, Herr Weiland, Frau Wolff und Herr Bielecke.

Herr Krause begründete den Antrag und führte aus, dass er einen vernünftigen und durchsetzbaren Verwaltungsvorschlag erwarte.

Es wurde ausgeführt, dass die eingemeindeten Ortschaften nur Siegel führten und nur eine ein eigenständiges Wappen.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, den Antrag zu vertagen.

Frau Wolff sprach sich für die Vertagung aus.

Herr Wolter sprach sich dagegen aus. Die Antragsteller sollten lt. Anregung im Stadtrat den Antrag konkretisieren. Diese Konkretisierung stehe noch aus. Weiterhin solle die Verwaltung prüfen und bis März ein Ergebnis vorlegen.

(19:55 Uhr - Herr Dr. Eigenfeld kam in die Sitzung.)

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

#### **Ergebnis:**

vertagt bis März 2009

### **zu 6.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vertrag mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH Vorlage: IV/2008/07659**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Wehrich, Herr Geier und Herr Dr. Wiegand.

Herr Prof. Dr. Schuh führte aus, dass er sich außer Stande sehe, einen Beschluss zu fassen, da im Antrag auf einen Treuhandvertrag, der dem Gesellschaftsvertrag der VNG VuB als Anlage 1 beigelegt sei, verwiesen wird, der ihm nicht bekannt sei. Er sehe die Thematik in Zuständigkeit der Stadtwerke Halle GmbH. Für die Aufsicht der Geschäftsführung sei der Aufsichtsrat zuständig. Die Stadtwerke Halle GmbH sei an mehreren Unternehmen beteiligt. Diese wurden in den letzten 14 Jahren nicht im Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen. Eventuell sollte der Antrag vertagt werden, bis die gesamten Unterlagen vorliegen.

Herr Wolter betonte, dass ihm die Unterlagen auch nicht bekannt seien und er deshalb für eine Behandlung des Antrages votiert habe.

Herr Dr. Meerheim erläuterte, dass ihm auch nicht in Erinnerung sei, dass der Beitritt beschlossen wurde. Wo kein Kläger, da aber auch kein Richter. Er sehe in der Thematik des Antrages eindeutig den Stadtrat nach § 44 (3) Nr. 9 (Auszug siehe unter TOP 2) in der Zuständigkeit. In § 271 HGB sei der Begriff der Beteiligung eindeutig definiert.

Herr Bönisch begründete, warum der Antrag gestellt wurde. Er ging dabei auf die verkauften Anteile von Jena ein, die Sperrminorität der VUB, die Notwendigkeit der Andienung von Anteilsverkäufen an die VUB und die Gerüchte über die Verkaufsinteressenten ein. Weiterhin wies er auf einen offenen Brief der Oberbürgermeister hin. Die Öffentlichkeit sei gegeben. Zurzeit denke seiner Kenntnis nach keiner ernsthaft über einen Verkauf der VNG Aktien nach. Kaufinteresse bestehe trotzdem. Ob das Kaufinteresse verbindlich sei, könne von ihm nicht beurteilt werden. Die Höhe der beiden Angebote sei fast gleich. Er plädiere für einen Wiedereintritt in die VUB, um das Verfahren offen zu halten. Ein möglicher Aktienverkauf habe einen wesentlichen Einfluss auf das Eigenkapital der Stadtwerke Halle GmbH.

19:10 Uhr - Herr Eigenfeld verließ die Sitzung, für ihn nahm Herr Felke an der Sitzung teil

Herr Bönisch betonte noch einmal, dass seiner Meinung nach die Aktien nicht verkauft werden sollten. Er setze sich für den Wiedereintritt in die VUB ein. Ggf. könnten wirtschaftliche Offerten der VNG für die Stadt Halle (Saale) genutzt werden. Es sei wichtig, diese vor der Stadtratssitzung abzuklären.

Durch die Verwaltung sollte klar dargestellt werden: was kann passieren, wenn die Stadtwerke nicht wieder in die VUB zurück geht und was könnte es für Folgen haben, wenn die Stadtwerke zurück geht. Diese Darstellung wurde von der Verwaltung noch nicht vorgelegt, nur immer vage Bedenken geäußert.

Herr Krause führte aus, dass er sich dagegen verwahre, dass „Irgendwer“ im Aufsichtsrat bezüglich der VUB Entscheidungen getroffen habe. Durch die Fraktionen wurden die Vertreter im Aufsichtsrat benannt und die Mitglieder im Aufsichtsrat seien bekannt.

Herr Dr. Meerheim ergänzte Herrn Bönisch dahingehend, dass ein Nichtbeschluss rechtliche Nachteile für die Stadt Halle (Saale) nach sich ziehen würde. In Bezug auf den Konsortialvertrag sei ein rechtlicher Schwebezustand erreicht. Ein Kartellverfahren laufe. Ein Kauf bzw. Verkauf an die / von der VUB wäre rechtlich unproblematisch. Bei einem möglichen Kauf oder Verkauf müsse man in der VUB bleiben, falls man im Jahr 2009 Erlöse erzielen wolle. Ein Schiedsgericht befasse sich mit der Kündigung des Konsortialvertrages.

Herr Kause führte aus, dass er sich nicht zu einer freien Rede berufen fühle. Er teile die Auffassung von Herrn Dr. Meerheim nicht und befürchte durch die öffentliche Diskussion erheblichen finanziellen Schaden für die Stadt Halle (Saale).

Herr Weihrich bat als Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH um Rederecht. Dieses wurde ihm einstimmig durch die Mitglieder des Finanzausschusses gewährt. Er wies darauf hin, dass er die öffentliche Diskussion für hoch problematisch halte. Die öffentlichen Aussagen seien teilweise falsch oder nur teilweise richtig. Aufgrund der Nichtöffentlichkeit der Diskussion könne keine Richtigstellung erfolgen. Dies sei auch nicht seine Aufgabe.

Herr Bönisch fragte nach, welche Aussagen nach Meinung von Herrn Weihrich falsch seien.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 09. Dezember 2008 - öffentlicher Teil

Herr Wehrich erläuterte, dass er keine Richtigstellung vornehmen könne. Er bat darum, dass sich die Fraktionen von ihren Mitgliedern im Aufsichtsrat berichten und beraten lassen.

Herr Bönisch erläuterte, dass dies keine Vorteilsnahme für die Stadt Halle (Saale) sei und informierte über die Erhöhung der Kaufpreisangebote. In diesem Zusammenhang äußerte er sich über angebliche Offerten in Höhe von 85 Mio. €. Zu dem wären weitere Transaktionen, wie z. B. der Verkauf der EnD-I AG in einer Größenordnung von bis zu 14 Mio. € denkbar.

Herr Bönisch erläuterte, dass dies keine Vorteilsnahme für die Stadt Halle (Saale) sei und informierte über die Erhöhung der Kaufpreisangebote.

Herr Krause betonte, dass jeder Beteiligte die Verantwortung für seine gemachten Aussagen übernehmen müsse. Nicht alle Stadträtinnen und Stadträte haben den gleichen Wissensstand. Außerdem werden nicht öffentliche Aussagen in der Öffentlichkeit gegeben. Dies halte er nicht für richtig.

Herr Geier führte aus, dass er keinen inhaltlichen Beitrag zur Diskussion leisten könne.

Herr Prof. Dr. Schuh wies darauf hin, dass der Stadtrat einen Hinweis an die Oberbürgermeisterin geben könnte. Diese habe die Möglichkeit, ggf. zu widersprechen.

Herr Misch sagte, dass der Wissensstand der Stadträte immer unterschiedlich sei. Deshalb diskutiere man in den Ausschüssen, um die Entscheidung im Stadtrat vorzubereiten.

Herr Geier betonte, dass ein Aufsichtsratsmandat ein persönliches Mandat sei, mit denen andere Verantwortungen verknüpft seien.

Herr Dr. Meerheim erwiderte, dass der Aufsichtsrat die Aufgabe habe, die Geschäftsführung zu überwachen und keine Gesellschaftsrechte zu wahren.

Herr Prof. Dr. Schuh führte aus, dass seiner Meinung nach die Pflichten nicht getrennt werden können.

Herr Krause betonte, dass alle Stadträte bei „normalen“ Vorlagen die Möglichkeit haben, sich umfassend kundig zu machen. Dies sei im Fall des Antrages aus gesellschaftsrechtlichen Gründen nicht möglich.

Herr Wolter kritisierte, dass die Diskussion um die eigentliche Thematik kreise. Er habe in der letzten Sitzung des Hauptausschusses eine diesbezügliche Anfrage gestellt. Die Antwort der Oberbürgermeisterin befriedigte ihn nicht. Der Antrag wurde bereits in der Sitzung am 25.11.2008 gestellt. Warum nahm die Verwaltung nicht die Möglichkeit wahr, die Warnungen darzulegen und die Notwendigkeit der nicht öffentlichen Behandlung nachzuweisen?

Herr Geier betonte, dass dies eine Angelegenheit der Stadtwerke Halle GmbH und ein sehr komplexes Thema sei. Es sei keine Thematik für den Finanzausschuss.

Herr Prof. Dr. Schuh wies darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin im letzten Hauptausschuss das Angebot unterbreitet habe, dass jeder Stadtrat zur Klärung von diesbezüglichen Fragen gern auf Sie zukommen könne.

Herr Wolter führte aus, dass er die Informationen im Ausschuss haben möchte und nicht hinter verschlossenen Türen in einem Vier-Augen-Gespräch.

Herr Krause bat um äußerste Zurückhaltung.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 09. Dezember 2008 - öffentlicher Teil

Herr Wolter formulierte, dass er die Erwartung an die Oberbürgermeisterin habe, dass sie eine aktive Rolle wahrnehme. Er möchte den Beschluss diskutieren. Wann sei die Verwaltung in der Lage, fundierte Informationen zu geben?

Herr Geier betonte die Unzuständigkeit für die Thematik.

Herr Dr. Wiegand ergänzte, dass er gern die Aufgabe übernehme, den Antrag einer umfangreichen Prüfung zu unterziehen hinsichtlich:

- a) Befassungsrecht des Stadtrates
- b) Möglichkeiten des Stadtrates bezüglich einer Weisung an die Oberbürgermeisterin
- c) Eingriffsrechte des Stadtrates in die Stadtwerke Halle (GmbH)
- d) Möglichkeiten der Weisungen der Gesellschaft
- e) alle Fragen im Einklang mit dem Gesellschaftsrecht,

um der Rolle der Verwaltung als Berater gerecht zu werden und den Stadträten eine Empfehlung bezüglich der Behandlung vorzulegen.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass diese Prüfungen schon hätten vorgenommen werden können, da der Antrag seit dem 25.11.2008 der Verwaltung bekannt sei.

Herr Dr. Wiegand entschuldigte sich, dass dies noch nicht erfolgt sei und sagte eine schnelle Prüfung zu.

Herr Dr. Meerheim äußerte, dass er den Eindruck habe, dass die Strategie der Verwaltung sei, den Antrag bis nach dem 31.12.2008 zu verschieben.

Herr Misch betonte, dass das Fristenproblem bestehe. Konsequenzen seien nicht bekannt. Es werden verschiedene rechtliche Auffassungen vertreten. Er halte den Handlungsdruck für schwierig.

Herr Wehrich führte aus, dass er über tiefere Kenntnisse bezüglich der Thematik verfüge. Ein Austritt aus der VUB habe keine negativen Auswirkungen auf die Stadt Halle (Saale).

Herr Krause bekräftigte die Aussage von Herrn Wehrich. Es sollten keine Tatsachen unter Zeitdruck geschaffen werden.

Herr Weiland äußerte seine Verwunderung, dass vom 25.11.2008 bis 09.12.2008 keine Stellungnahme der Verwaltung erarbeitet wurde. Er möchte verhindern, dass durch Nichthandeln negativen Tatsachen geschaffen werden.

Herr Wehrich ergänzte seine Ausführungen dahingehend, dass durch falsche Schlussfolgerungen ein Beschluss herbeigeführt werden solle.

Herr Dr. Meerheim betonte, dass evtl. im Stadtrat im nicht öffentlichen Teil diskutiert werden könne.

Herr Krause wies noch einmal auf die Möglichkeit der detaillierten Nachfragen hin. Die gesamten Informationen müssten bei einer Diskussion im Stadtrat allen Stadträten zu Verfügung gestellt werden. Er warnte ausdrücklich vor einer vorschnellen Entscheidung.

### **Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin als Vertreterin des Gesellschafters Stadt Halle (Saale), die Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH anzuweisen, die Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH anzuweisen, mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH (VNG VuB) einen Treuhandvertrag gemäß dem Muster, welches dem Gesellschaftsvertrag der VNG VuB in der Fassung vom 10.07.2004 als Anlage 1 beigelegt ist, für eine unkündbare Laufzeit bis zum 31.12.2013 über die von der VNG VuB zurzeit treuhänderisch für die Stadtwerke Halle GmbH gehaltenen Aktien an der VNG-Verbundnetz Gas AG abzuschließen.

**zu 7      schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

**zu 8      Mitteilungen**

---

(Herr Prof. Dr. Schuh wechselte mit Frau Wolff die Teilnahme an der Ausschusssitzung.)

Wirtschaftsplan ARGE

Herr Geier informierte, dass der Wirtschaftsplan der ARGE SGB II GmbH nicht wie geplant in diesem Jahr beschlossen werden könne, da die Grundvoraussetzungen der Planung (u. a. die Eingliederungsverordnung und die Höhe der Zuteilung des Verwaltungsbudgets) fehlen.

**zu 9      mündliche Anfragen**

---

Betriebskosten Thalia Theater

Mit Post vom 04.12.2008 wurde die Beantwortung der Anfrage von Herrn Misch in der Sitzung am 18.11.2008 bezüglich der Entwicklung der Betriebskosten des Thalia Theaters versandt.

Herr Misch erklärte sich mit der Beantwortung nicht einverstanden. Er bat um eine konkrete Aussage der Steigerung der Kosten anhand einer Aufstellung der Verbräuche und der Preise.

Sozialticket

Frau Wolff mahnte die Beantwortung ihrer Frage in der Sitzung des Finanzausschusses am 18.11.2008 zum Stand des Sozialtickets an.

Marktlage von HWG und GWG

MMZ

PKH

Diesbezügliche Fragen von Herrn Weiland und Herrn Wolter wurden in die Sitzung am 20.01.2009 verwiesen, da in dieser Sitzung der Beteiligungs-Report der BMA beraten werde und die Fragen im engen sachlichen Zusammenhang stehen.

**zu 10      Anregungen**

---

Herr Wolter regte an, Vorlagen und Anträge automatisch zu vertagen, bis die Fachausschüsse ein abschließendes Votum abgegeben haben.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass dieser Automatismus nicht durch die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse gedeckt sei.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender  
des Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Dezernat Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin  
Controllerin